

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Ambulante Versorgungsbrücken vor dem Aus?**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Ahrens, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Arbeit des Vereins Ambulante Versorgungsbrücken e. V.?

Zweitens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, dass der Verein auch künftig seine Arbeit fortführen kann?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Verein Ambulante Versorgungsbrücken e. V. bietet individuelle Beratungen an, vermittelt Hilfsangebote, aktiviert Freiwillige, insbesondere ältere Menschen, und fördert damit die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen im Sinne der Altenhilfe. Die Angebote sind Teil der Unterstützungslandschaft für ältere Menschen in Bremen. Der Senat unterstützt den Verein weiterhin und würde es befürworten, wenn er Strukturen finden könnte, die ihm ein stetiges Arbeiten ermöglichen.

Zu Frage 2: Langfristig wird der Verein nur bestehen können, wenn es ihm gelingt, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Sofern der Verein sicherstellt, Zuwendungen nach den Maßgaben der Landeshaushaltsordnung zweckmäßig und wirtschaftlich zu verwenden, sind auch Zuwendungen des Senats im Rahmen des Haushalts an den Verein grundsätzlich möglich. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Ahrens, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich glaube, wir teilen die Auffassung, dass dieser Verein hier im Land Bremen wichtige Arbeit leistet. Wurden in der Vergangenheit schon Anträge auf Zuwendungen durch die Stadtgemeinde Bremen gestellt?

Senator Dr. Lohse: Ich kenne die Details nicht, weil es Fragen sind, die ich für die Sozialsenatorin beantworte. Man hat mir als Hintergrundinformation aber aufgeschrieben, dass zum Teil die Möglichkeit bestanden hätte, Anträge zu stellen, die dann aber nicht oder nicht fristgerecht gestellt wurden. Das heißt, es scheint dort ein bisschen Schwierigkeiten in der Professionalität zu geben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Es gibt ja sehr viele Institutionen über die Selbsthilfetöpfe, die bei der Sozialsenatorin auch Anträge stellen können, bei der es manchmal auch an der Professionalität, die Sie angesprochen haben, mangeln könnte. Gibt es dort Beratungen durch die Mitarbeiter im Haus der Sozialsenatorin? Mir ist klar, dass das nicht unbedingt der Umweltsenator macht.

Senator Dr. Lohse: Ich bin an dieser Stelle tatsächlich überfragt, das heißt, ich würde empfehlen, die Frage auch direkt in der Sozialdeputation oder an das Sozialressort zu stellen.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Das werde ich machen!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Kulturkarte zum Ausbildungsstart**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Werner, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Idee, für studentische Erstsemester durch eine „Kulturkarte“ für drei Monate den kostenlosen Besuch von Kulturveranstaltungen zu ermöglichen, und wie wird diese finanziert?

Zweitens: Hält der Senat es für sinnvoll und machbar, eine solche „Kulturkarte“ auch betrieblichen Auszubildenden am Beginn ihrer Ausbildung anzubieten?

Drittens: Welche Kultureinrichtungen werden sich daran beteiligen, und welche haben schon aus der Vergangenheit Erfahrungen mit entsprechenden Angeboten?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Emigholz.

Staatsrätin Emigholz: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat begrüßt alle konstruktiven Ideen, die das Ziel verfolgen, jungen Menschen die Teilhabe an Kunst und Kultur zu erleichtern, den Studienstandort Bremen für Studienbewerberinnen und Studienbewerber attraktiv zu machen und gleichzeitig Interessenten für die Kultureinrichtungen zu gewinnen. In diesem Zusammenhang wird auf die vielfältigen Aktivitäten Bremischer Kultureinrichtungen verwiesen, über die fortlaufend im Rahmen der Deputation für Kultur Bericht erstattet wurde.

Derzeit liegt für die Idee einer „Kulturkarte“ eine Potenzialstudie von Studierenden der Universität Bremen vor. Nach Angaben der beauftragten Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, WFB, soll diese studentische Arbeit Hinweise auf Chancen einer solchen Karte als Marketinginstrument liefern und als Ausgangspunkt für weitere Überlegungen dienen. Die Frage einer möglichen Finanzierung stellt sich zu diesem Zeitpunkt nicht.

Zu Frage 2: Auch für den Kreis der Auszubildenden gilt, dass der Senat alle Ideen begrüßt, die jungen Menschen die Möglichkeit zur kulturellen Teilhabe eröffnen. Die Abschätzung über Akzeptanz und Finanzierung liegt derzeit nicht vor.

Zu Frage 3: Im Rahmen der Potenzialstudie sind insgesamt 15 Kultureinrichtungen unterschiedlicher Rechtsformen von den Autorinnen und Autoren angesprochen worden. Dazu zählten private Einrichtungen wie das GOP, das Universum oder das WUSEUM genauso wie die Kunsthalle, die Weserburg, das Übersee-Museum und das Focke-Museum. Vielfach stießen die von den Studierenden vorgebrachten Überlegungen auf Interesse, insbesondere bei den Museen, die oftmals eine Beteiligung in Aussicht stellten. Allerdings wurde zum Beispiel von der Glocke und der Bremer Shakespeare Company darauf verwiesen, dass neben einem grundsätzlichen Wohlwollen die Teilnahme auch von der konkreten Ausgestaltung einer solchen „Kulturkarte“ abhängig sei.

Seitens der Bremer Kultureinrichtungen bietet derzeit die Stadtbibliothek eine kostenlose Bibcard für alle Studierenden im Land Bremen an, die nach einer Vereinbarung mit den ASten und dem Studentenwerk über das Studentenwerk refinanziert wird. Darüber hinaus gibt es in einigen Museen wie bei der Kunsthalle freien Eintritt für Studierende der Hochschule für Künste sowie für

Studierende von kunstwissenschaftlichen Fachrichtungen. Weitere Erfahrungen Bremischer Kulturträger mit einem ähnlichen Modell wie der hier zur in Rede stehenden „Kulturkarte“ sind dem Senat nicht bekannt.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe gehört und vor einigen Jahren auch erlebt, dass einige Kultureinrichtungen zu den Erstsemestertagen, die eine Veranstaltung sind, bei der sich alle treffen, den Studenten freien Eintritt anbieten. Würden Sie gemeinsam mit der Bildungssenatorin versuchen, einen Weg zu finden, die Auszubildenden über die Berufsschulen anzusprechen und den Kultureinrichtungen die Möglichkeit zu geben, den Auszubildenden so etwas anzubieten?

Staatsrätin Emigholz: Selbstverständlich, denn auch diese Maßnahme ist notwendig und sicherlich vernünftig.

Präsident Weber: Frau Staatsrätin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Mietwohnungen für Flüchtlinge**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Silvia Neumeyer, Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Neumeyer!

Abg. **Frau Neumeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Informations- und Kommunikationsstrategie verfolgt der Senat gegenüber privaten Vermieterinnen und Vermietern, um die bestehenden Möglichkeiten des Paragraphen 549 Absatz 2 Nummer 3 BGB, der die Vermietung von Wohnungen an Personen mit dringendem Wohnungsbedarf (Flüchtlinge) durch die Einführung eines Haupt- und Untermietverhältnisses erleichtert, bekannter zu machen?

Welche sonstigen Maßnahmen ergreift der Senat, um die Anzahl der Mietverhältnisse im Sinne der genannten Rechtsvorschrift zu erhöhen, und inwiefern bezieht der Senat dabei die Erfahrungen anderer Städte im Sinne einer Best Practice ein?

Präsident Weber: Diese Frage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Lohse.